

150 oder 180 Meter – diese Frage bleibt

Zahlreiche Bürger informierten sich im Rathaus über das geplante Windkraft-Vorranggebiet „Lange Heide“



Dr. Jost Constantin von der Firma „Sowiwas“ zeigte anhand von Fotomontagen die Auswirkungen verschieden hoher Windräder auf das Landschaftsbild im Gebiet „Lange Heide“. Mehrmals wurde sein Vortrag von Zwischenrufen aus dem Publikum unterbrochen.

FOTO: MICHAEL RABBA

Rund 80 Bürgerinnen und Bürger haben am Donnerstagabend die Gelegenheit genutzt, sich im Saal des Rathaus über die Zukunft des Windkraftstandortes „Lange Heide“ zwischen den Ortschaften Heilshorn und Buschhausen zu informieren. Anfangs schien der Informationsabend den „Wutbürgern“ zu gehören; nach zweieinhalb Stunden konnte Bürgermeister Martin Wagener dann aber lobend eine sachliche Diskussionskultur bilanzieren.

VON MICHAEL RABBA

Osterholz-Scharmbeck. Der Bereich „Lange Heide“, in dem bereits zehn, 75 Meter hohe Windräder stehen (für eine elfte Anlage gibt es eine Baugenehmigung) soll laut Regionalem Raumordnungsprogramm (RRÖP) des Landkreises im städtischen Flächennutzungsplan als Windkraft-Vorranggebiet ausgewiesen werden. Das Bremer Unternehmen „wpd“ möchte dort bis zu sieben neue Windräder aufstellen

auf die Höhe der im Gebiet vorhandenen Windräder entspräche aber nicht den Anlagen auf dem Markt und hätte vor Gericht keinen Bestand, so der Bürgermeister.

Wagener machte ebenfalls deutlich, dass der Rat bei der Frage der künftig zulässigen Windräder-Höhe neben den Befindlichkeiten der Menschen vor Ort auch Wirtschaftlichkeitsaspekte berücksichtigen und die Bedeutung des Windkraftstandortes Lange Heide bei der angestrebten Energiegewinnung 2030 beachten muss.

Dr. Jost Constantin von der „Sowiwas Energie GmbH“ aus Erkerode (das Kürzel steht für Sonne, Wind, Wasser) hatte zum Auftakt des Abends keinen leichten Stand. Er stellte die im Auftrag der Stadt von „Sowiwas“ untersuchten Auswirkungen von 150 und 180 Meter hohen Windrädern auf das Landschaftsbild vor. Die gezeigten Fotomontagen stießen auf wenig Akzeptanz im Publikum. „Sowiwas“ wurde bewusste Fälschung unterstellt, ein Bürger rief lautstark „aufhören“ und kritisierte, dass nicht

viel Beifall, als er betonte, dass der Strom nach dem Ausstieg aus der Atomenergie „ja irgendwo erzeugt werden muss“. Eine eindeutige Tendenz, ob nun eher 150 oder 180 Meter hohe Windkraftanlagen bei den Bürgern auf Akzeptanz stoßen, gaben die Beiträge der Anwesenden aber nicht her.

Am 29. Mai geht's weiter

Daran änderten auch die Erläuterungen der „wpd“-Mitarbeiter nichts. Das Bremer Unternehmen plant die Erweiterung des Standortes mit Windrädern vom Typ Enercon E 82. „Wpd“ hat sich bereits fast alle im künftigen Vorranggebiet infrage kommenden Grundstücke für weitere Windräder vertraglich gesichert. Möglich seien zusätzliche fünf Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 Metern und einer installierten Leistung von 11,5 Megawatt. Oder sieben, 180 Meter hohe Anlagen mit zusammen 16,1 Megawatt-Leistung, erläuterten Markus Birmkraut, Lars Planitz und Daniel Kurreck.

Der im RRÖP vorgeschriebene Mindest-

Fünf rund 150-Meter-Anlagen brächten einen jährlichen Energieertrag von rund 23 000 Megawattstunden, das etwa dem Strombedarf von rund 6600 Haushalten entspricht, erfuhren die Bürger. Sieben 180-Meter-Windräder brächten rund 37 879 Megawattstunden im Jahr – diese Stromausbeute würde für rund 10 900 Haushalte ausreichen. Die Stadt würde mit den 180-Meter-Rädern bei einer Laufzeit von 25 Jahren nahezu doppelt so viel Gewerbesteuer einnehmen wie mit 150-Meter-Anlagen. Bei der kleinen Lösung werde „wpd“ ein Windrad, bei der großen Lösung zwei Windkraftanlagen als Bürgeranlagen zur Verfügung stellen, kündigte Lars Planitz an.

Am 29. Mai will die Verwaltung dem Ratsausschuss für Planung und Stadtentwicklung einen ersten Vorentwurf für das Vorranggebiet vorstellen, teilte Fachbereichsleiter Frank Wiesner mit. Daran schließe sich von Juni bis August eine frühzeitige Bürgerbeteiligung an. Deren Ergebnisse würden erneut im September/Okto-

...von dem Rat des Landkreises über die Zukunft des Windkraftstandortes „Lange Heide“ zwischen den Ortschaften Heilshorn und Buschhausen zu informieren. Anfangs schien der Informationsabend den „Wutbürgern“ zu gehören; nach zweieinhalb Stunden konnte Bürgermeister Martin Wagener dann aber lobend eine sachliche Diskussionskultur bilanzieren.

VON MICHAEL RABBA

Osterholz-Scharmbeck. Der Bereich „Lange Heide“, in dem bereits zehn, 75 Meter hohe Windräder stehen (für eine elfte Anlage gibt es eine Baugenehmigung) soll laut Regionalem Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises im städtischen Flächennutzungsplan als Windkraft-Vorranggebiet ausgewiesen werden. Das Bremer Unternehmen „wpd“ möchte dort bis zu sieben neue Windräder aufstellen.

Wagener erläuterte den Anwesenden, dass das RROP geltendes Recht sei und die Stadt in der Pflicht ist, die Vorgaben im Flächennutzungsplan umzusetzen. „Es geht nicht mehr um Ja oder Nein.“ Aber bei der Windräder-Höhe könne man mitentscheiden. Eine Begrenzung der neuen Anlagen

gen auf dem Markt und hatte vor Gericht keinen Bestand, so der Bürgermeister.

Wagener machte ebenfalls deutlich, dass der Rat bei der Frage der künftig zulässigen Windräder-Höhe neben den Befindlichkeiten der Menschen vor Ort auch Wirtschaftlichkeitsaspekte berücksichtigen und die Bedeutung des Windkraftstandortes Lange Heide bei der angestrebten Energiewende 2030 beachten muss.

Dr. Jost Constantin von der „Sowiwas Energie GmbH“ aus Erkerode (das Kürzel steht für Sonne, Wind, Wasser) hatte zum Auftakt des Abends keinen leichten Stand. Er stellte die im Auftrag der Stadt von „Sowiwas“ untersuchten Auswirkungen von 150 und 180 Meter hohen Windrädern auf das Landschaftsbild vor. Die gezeigten Fotomontagen stießen auf wenig Akzeptanz im Publikum. „Sowiwas“ wurde bewusste Fälschung unterstellt, ein Bürger rief lautstark „aufhören“ und kritisierte, dass nicht auf „Belästigungsfaktoren“ eingegangen werde. Jeder Bürger bekomme im weiteren Verlauf des Planverfahrens genug Gelegenheit, subjektiv empfundene Belästigungen vorzubringen, unterstrich Wagener.

Die Stimmung im Saal war aber mitnichten contra Windkraft. So bekam ein Bürger

„ja irgendwo erzeugt werden muss“. Eine eindeutige Tendenz, ob nun eher 150 oder 180 Meter hohe Windkraftanlagen bei den Bürgern auf Akzeptanz stoßen, gaben die Beiträge der Anwesenden aber nicht her.

Am 29. Mai geht's weiter

Daran änderten auch die Erläuterungen der „wpd“-Mitarbeiter nichts. Das Bremer Unternehmen plant die Erweiterung des Standortes mit Windrädern vom Typ Enercon E 82. „Wpd“ hat sich bereits fast alle im künftigen Vorranggebiet infrage kommenden Grundstücke für weitere Windräder vertraglich gesichert. Möglich seien zusätzliche fünf Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 Metern und einer installierten Leistung von 11,5 Megawatt. Oder sieben, 180 Meter hohe Anlagen mit zusammen 16,1 Megawatt-Leistung, erläuterten Markus Birnkraut, Lars Planitz und Daniel Kurreck.

Der im RROP vorgeschriebene Mindestabstand aller Anlagen von 800 Metern zu Wohnhäusern werde eingehalten – auch zu Einzelgehöften, so das „wpd“-Trio. Ebenso Schall- und Schattenwurf-Richtwerte. Schall und Schatten spielten seiner Erfahrung mit den Alt-Anlagen nach keine große Rolle, betonte dazu ein Anwohner.

23000 Megawattstunden, das etwa dem Strombedarf von rund 6600 Haushalten entspricht, erfuhren die Bürger. Sieben 180-Meter-Windräder brächten rund 37879 Megawattstunden im Jahr – diese Stromausbeute würde für rund 10900 Haushalte ausreichen. Die Stadt würde mit den 180-Meter-Rädern bei einer Laufzeit von 25 Jahren nahezu doppelt so viel Gewerbesteuer einnehmen wie mit 150-Meter-Anlagen. Bei der kleinen Lösung werde „wpd“ ein Windrad, bei der großen Lösung zwei Windkraftanlagen als Bürgeranlagen zur Verfügung stellen, kündigte Lars Planitz an.

Am 29. Mai will die Verwaltung dem Ratsausschuss für Planung und Stadtentwicklung einen ersten Vorentwurf für das Vorranggebiet vorstellen, teilte Fachbereichsleiter Frank Wiesner mit. Daran schließe sich von Juni bis August eine frühzeitige Bürgerbeteiligung an. Deren Ergebnisse würden erneut im September/Oktober politisch beraten und in einen ersten ordentlichen Entwurf für die F-Planänderung einfließen. Dieser werde dann öffentlich ausgelegt, wobei die Bürger erneut Einwände vorbringen könnten. Mit dem Satzungsbeschluss der F-Planänderung sei im ersten Quartal 2013 zu rechnen.